

Zukunftsfähigkeit und Generationengerechtigkeit- ein politisches Minenfeld

Diskussionsveranstaltung
am 11.6.2014, 18.00 Uhr, im Treff 118, Düsseldorf-Oberkassel

Einführung

Siegfried Hildebrandt
Initiator der Interessengemeinschaft Zukunftsfähigkeit (IGZ)

Ob wir wollen oder nicht, Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Die Frage, ob unsere Gesellschaft zukunftsfähig ist, stellt sich mit einer bisher nicht da gewesenen Wucht. Durch den nicht vorhandenen Interessenausgleich zwischen den Generationen drohen gravierende Verteilungskonflikte.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag 2013 unter der Überschrift

DEUTSCHLANDS ZUKUNFT GESTALTEN

folgendes Ziel formuliert:

„Die Koalition aus CDU, CSU und SPD will dafür Sorge tragen, dass die Grundlagen für unseren Wohlstand und den Zusammenhalt gesichert und ausgebaut werden. Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland – Kinder, Frauen und Männer, Junge und Alte, in Ost und West – ein gutes Leben führen können und unser Land auf seinem guten Weg weiter vorankommt“.

Dieser Anspruch hört sich gut an, hat aber mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Im Gegenteil, die Bundesregierung konzentriert sich auf die Rückabwicklung der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Unsere Gesellschaft ist auf dem Weg in eine explosive Schieflage, die am Ende auch den sozialen Frieden gefährden kann. Die Gefahren für die Zukunftsfähigkeit werden nicht entschärft:

-Der Schuldenberg Deutschlands beläuft sich auf mehr als 2.000 Milliarden Euro. Die dafür zu zahlenden Zinsen von mehr als 60 Milliarden Euro pro Jahr stehen für Zukunftsinvestitionen nicht mehr zur Verfügung. Einschließlich der bereits beschlossenen Zusagen für die Zukunft (Beamtenpensionen und Sozialversicherungssysteme) beträgt die Nachhaltigkeitslücke in Deutschland mehr als 5.000 Milliarden Euro.

-In Verbindung mit den Hilfsmaßnahmen für die Euro-Krisenländer hat Deutschland verbindliche Garantien in Höhe von über 300 Milliarden Euro übernommen. Das Deutschland aus diesen Garantien nicht in Anspruch genommen wird, glaubt außer der Politik niemand.

-Bei den Öffentlichen Bildungsausgaben liegt Deutschland auf Platz 23 der Rangliste der 31 OECD-Länder.

-Bei der Verkehrsinfrastruktur hat Deutschland eine Investitionslücke von 7 Milliarden pro Jahr.

-Die Energiewende wurde in einem Schnellschuss ohne vorherige Machbarkeitsanalyse gestartet. Dieser Planungsfehler führt zu erheblichen Nebenwirkungen: Steigende Energiekosten, Gefährdung von Arbeitsplätzen und der Versorgungssicherheit.

-Die Sozialsysteme (Rentenversicherung und Pflegeversicherung) sind nicht nachhaltig finanziert. Der Zuschuss des Bundes aus Steuergeldern zur Rentenversicherung betrug 2013 bereits 81 Milliarden Euro. Das sind 27 % der Ausgaben des Bundeshaushalts. Eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung zur Anpassung an den demographischen Wandel gibt es bisher nicht.

Nach unseren Beobachtungen lässt sich die Mehrheit der Bürger, dazu gehören auch die Jungen, die Politik der Bundesregierung in einer fatalen Resignation ohne Murren gefallen. Offensichtlich soll der Streit über die Zukunft die Gegenwart nicht stören. Wir freuen uns daher sehr, dass heute eine Vertreterin der jüngeren Generation zu uns spricht, die nicht zu der Gruppe gehört, die sich abwendet.

An dieser Stelle möchte ich Sie, Frau Buck, herzlich begrüßen. Wir haben Sie als eine Person kennen gelernt, die sich deutlich zu Wort meldet. Ihre Forderung an die Politik lautet: Macht Deutschland enkeltauglich. Ich bin sicher, dass Sie uns reichlich Stoff für die anschließende Diskussion liefern werden.